

# Stadt muss Kompostpflicht einführen

Künftig soll vor praktisch jedem Haus in St. Gallen ein Grüngutcontainer stehen. Das brachte Links-Grün am Dienstag durchs Parlament.

Marlen Hämmerli

Ob Kompost-Fan oder nicht: In ein paar Jahren könnte bei jeder Stadsanktgallerin und jedem Stadsanktgaller ein Grüngutcontainer vor dem Haus stehen. Das Stadtparlament hat am Dienstag den Stadtrat verpflichtet, einen Gesetzesentwurf mit dem Ziel einer Grüngutpflicht auszuarbeiten. Stadtrat Peter Jans wehrte sich vergeblich dagegen.

Die Motion von Links-Grün sieht vor, dass Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften einen Platz für einen Container zur Verfügung stellen müssen. Sie werden zudem verpflichtet, bei der Stadt ein Grüngutabo abzuschliessen. Es gibt aber Ausnahmen: Wenn nicht mit verhältnismässigem Aufwand ein geeigneter Standort geschaffen werden kann oder wenn es bereits eine Kompostiermöglichkeit gibt.

## Die Sauberkeit des Grünguts könnte leiden

Der Stadtrat lehnte die Motion ab. Statt auf Zwang wolle man auf Freiwilligkeit und Dialog setzen. Das bekräftigte Stadtrat Peter Jans, Vorsteher der Technischen Betriebe, am Dienstag im Parlament: Der freiwillige Weg biete ein «nachhaltiges, organisches Wachstum», weshalb man dabei bleiben wolle.

Aufgrund von Erfahrungen anderenorts befürchte die Stadt zudem, die Sauberkeit des gesammelten Grünguts könnten durch eine Pflicht leiden. Heute ist die Qualität des Grünguts in St. Gallen ausserordentlich gut, wie Stichproben ergaben.

Mit seinen Argumenten fand Jans aber kein Gehör bei Links-Grün. Die Meinungen waren gemacht, und so stimmte die linke Ratshälfte fast geschlossen für die Motion. Wegen der Mehrheitsverhältnisse hatten die Bürgerlichen keine Chance – obwohl FDP/JF, Mitte/EVP und SVP geschlossen gegen die Erheblichkeitserklärung stimm-



Heute ist das Lösen eines Grüngut-Abos freiwillig, das soll sich ändern.

Bild: Ralph Ribi

ten. Am Ende sprachen sich 32 Parlamentarierinnen und Parlamentarier dafür aus, 21 dagegen. Veronika Meyer von den Grünen enthielt sich.

Die Fraktionen von SP/Juso/PFG, GLP/JGLP sowie Grünen/Jungen Grünen hatten die Motion aus mehreren Gründen eingereicht. Die Erfahrung habe gezeigt, dass Besitzerinnen und Besitzer von Liegenschaften ihren Mietenden die Grünabfuhr nicht ermöglichen. Tausende Menschen hätten noch keinen Zugang, «weil die Eigentümerschaft aus fadenscheinigen Gründen nicht will», sagte Marlene Schürch (SP) am Dienstagabend. Aus dem Grüngut wird Biogas, Ökostrom oder Naturdünger gewonnen. «Gerade in

der akuten Energiekrise ist die Gewinnung von mehr Biogas dringend nötig.» Über die Grundgebühr würden alle die Grünabfuhr mitfinanzieren, aber nicht alle könnten den Service nutzen. Dem hielten die Bürgerlichen entgegen, eine Pflicht schiesse übers Ziel hinaus. «Der freiwillige Weg erscheint langfristig nachhaltiger», sagte etwa Konstantin Hälgi für die FDP/JF-Fraktion. Thomas Giger (SVP), argumentierte mit der Qualität des Grünguts, die leiden könnte.

## «Mietende vor den Kopf gestossen»

Erfolglos. Eine Containerpflicht ist mit dem Entscheid vom Dienstag ein Stück wahrschein-

licher geworden. «Dass es so weit kommen musste, ist vielleicht ein Stück weit der Zurückhaltung von Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzern geschuldet», sagt Stadtrat Jans, der selbst der SP angehört, am Tag danach. «Mieterinnen und Mieter, die gerne einen Grüngutcontainer gehabt hätten, wurden vor den Kopf gestossen. Jetzt kommt es auf diesem Weg.»

2022 wurden rund 2100 Tonnen Grüngut gesammelt. Rund 13 000 Haushalte hatten Zugang zur Grünabfuhr. Zuletzt hatte sich der Zuwachs an neuen Nutzerinnen und Nutzern verlangsamt. Nach dem Start 2017 sei nun die Phase mit starkem Wachstum zu Ende, schreibt der Stadtrat in seiner Antwort auf

die Motion. Nachdem der Vorstoss erheblich erklärt worden sei, gehe die Stadt nun den Auftrag an, sagt Jans. Das bedeutet zuerst: Abklärungen treffen. Welche Möglichkeiten zur Umsetzung gibt es? Wie können die nötigen Ausnahmen geschaffen werden, ohne dass diese ausgenutzt werden können? Wie viel Personal und wie viele Sammelfahrzeuge braucht es zusätzlich? Wie viele Mehrkosten entstehen und wie lässt sich der Mehraufwand finanzieren?

Innert zwei Jahren muss der Stadtrat dem Parlament einen Motionsbericht vorlegen sowie einen Entwurf für das abgeänderte Abfallreglement. «Wie lange wir benötigen werden, kann ich heute nicht abschät-

zen», sagt Jans. Nach Abschluss wird das Parlament über den Entwurf und damit erneut über die Containerpflicht entscheiden. Geschieht dies vor Ende 2024, dürfte die Pflicht Realität werden. Kommt der Entwurf nach Anfang 2025 ins Parlament, ist der Ausgang weniger gewiss.

Im Herbst 2024 sind Gesamterneuerungswahlen. Dass diese zu komplett neuen Mehrheitsverhältnissen führen, ist unwahrscheinlich. Aber die Mehrheit von Links-Grün mit heute 35 Sitzen im 63-köpfigen Parlament könnte schrumpfen. Fehlen dann ein oder zwei Mitglieder, könnte das Verhältnis bei der Abstimmung zugunsten der Bürgerlichen kippen.